

Umweltschützer: Trianel rechnet sich Belastung schön

BUND fährt schweres Geschütz auf

RN 23.12.10.

LÜNEN. Die Bezirksregierung Arnsberg darf den Antrag auf 6. Teilgenehmigung für das Trianel-Kraftwerk nicht genehmigen – meint der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Am letzten Tag der Einwendungsfrist hat der BUND bei der Behörde eine Stellungnahme von mehr als 100 Seiten, ergänzt durch Fachgutachten, eingereicht.

Die Umweltschützer fahren darin schweres Geschütz gegen Trianel auf: Die Kraftwerksplaner rechneten sich die Situation in Bezug auf die schädlichen Kraftwerksemissionen schön.

Laut Trianel soll das Kraftwerk die Umwelt u.a. aufgrund veränderter Kühlturmtechnik weniger stark belasten (wir berichteten).

Aus Sicht des BUND „unlauteres Vorgehen“. Die angenommene Abnahme der Vorbelastung von 2007 bis zum Prognosehorizont 2011 gehe nicht etwa auf eine reale Reduzierung der Belastungssituation zurück, sondern lediglich auf die Wahl eines für die Kraftwerksbetreiber günstigeren Rechenmodells.

Überschreitungen

Doch trotz dieser „Unsauberkeiten“ bescheinigten sich die Trianel-Gutachter selbst vielfache Überschreitungen der zulässigen Werte. Erst in einer Vielzahl von „Einzelfallbetrachtungen“ kämen sie

dann zu dem Ergebnis, dass das Kraftwerk gar nichts ausmache.

Fehlerhafte Annahmen

Auch durch die geplante geänderte Betriebsweise, so der BUND, könnten weder die zulässigen Grenzwerte für Feinstaub und Quecksilber, noch die Zielwerte für Cadmium, Nickel und Blei eingehalten werden.

Aufgrund fehlerhafter Annahmen in der Immissionsprognose sei zu befürchten, dass die Einträge von Schwermetallen und anderen Schadstoffen in die Umwelt wesentlich höher ausfallen, als angegeben.

Damit würde die Bevölkerung nach wie vor mit unzulässig hohen Zusatzbelastungen durch das geplante Kraftwerk gefährdet, erklärt der BUND.

Auch die im Einwirkungsbereich des Kraftwerks liegenden FFH-Gebiete z.B. entlang der Lippe und im Cappenberger Wald seien weiterhin massiv gefährdet. Durch die Einleitung der Kühlturmbilut und von Abwässern sei über den zusätzlichen Wärme- und Quecksilber-eintrag auch die Fischfauna in der Lippe, wie z.B. das streng geschützte Flussneunauge, gefährdet.

→ 4. Lokalseite: GFL sieht...

Erörterungstermin ab 14. Februar

Die Kritik des BUND und weiterer Einwender wird ab 14. Februar, 10 Uhr, beim öffentlichen Erörterungstermin der Bezirksregierung im Hansesaal diskutiert.

Am 21. Dezember endete die Frist für Einwendungen gegen den von Trianel gestellten Antrag auf die 6. Teilgenehmigung.

Bei der Bezirksregierung Arnsberg lagen gestern 16 Einwendungen vor. Allerdings wartete die Behörde noch auf Rückmeldung aus Lünen und acht weiteren Städten, wo die Unterlagen auslagen und Einwendungen abgegeben werden konnten.